

Medienkonferenz vom 10. Mai 2021

Ein ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz

Aktionsplan von Travail.Suisse für eine soziale Klimapolitik

Klimapolitik: sozial oder gar nicht!

Das neue Positionspapier «Für eine auf dem gerechten Übergang basierende Klimapolitik: Ein neuer ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz» ist der Aktionsplan von Travail.Suisse für die Zukunft. Er enthält Forderungen an die Politik und an die Sozialpartner. Um Erfolg zu haben, muss die Schweizer Klimapolitik in den nächsten Jahren sozialer werden. Dies bedeutet, dass für die Schaffung von Arbeitsplätzen massiv in die Infrastrukturen und erneuerbaren Energien investiert werden muss, dass der Ertrag aus den Lenkungsabgaben noch sozialer verteilt und die Arbeitnehmenden mit einem breiten Aus- und Weiterbildungsprogramm weiter unterstützt werden müssen. Niemand darf aufgrund des klimapolitischen Strukturwandels vergessen gehen.

Denis Torche, Leiter Klimapolitik Travail.Suisse

Im Vergleich mit 2018 senkte die Schweiz 2019 ihre Treibhausgasemissionen kaum und sie wird ihr Ziel verpassen, bis 2020 die Treibhausgasemissionen im Vergleich mit 1990 um 20 % zu senken.

Ein langer und mühseliger Weg, der in einer Sackgasse enden könnte

Das Ziel der Klimaneutralität ist noch weit entfernt und der Weg dahin ist steinig. Denn es kommt für einen Dachverband der Arbeitnehmenden nicht in Frage, zahlreiche Personen im sauren Regen stehen zu lassen, die aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels, der von der Erderwärmung verursacht wird, ihre Kompetenzen oder ihre Arbeit verlieren. Es kommt nicht in Frage, dass er Arbeitnehmende Gefahren aussetzt, weil die erforderlichen Massnahmen für die Anpassung der Arbeitsbedingungen nicht ergriffen wurden; dass trotz des höheren, klimaschädlichen Verbrauchs der wohlhabenderen Personen die tiefen und mittleren Einkommen benachteiligt werden. Mit anderen Worten: Eine wirksame Klimapolitik muss fair sein und alle miteinschliessen. Sonst ist der Weg nicht nur lang und mühsam, sondern endet auch in einer Sackgasse mit gravierenden Auswirkungen auf die Natur und jeden und jede von uns.

Ich will nicht so weit gehen und sagen, dass die Schweizer Klimapolitik die Folgen für den Arbeitsmarkt, die Arbeitsbedingungen und die Sozialpolitik vollständig ignoriert. Aber es gibt Defizite die, wenn sie nicht rasch behoben werden, bei breiten Bevölkerungsschichten Widerstand gegen die Massnahmen, die im Kampf gegen die Erderwärmung ergriffen werden, hervorrufen wird.

Von den Defiziten der Klimapolitik kann das Fehlen eines gerechten Übergangskonzepts erwähnt werden (Forderung 4 des Positionspapiers). Die ungenügende Berücksichtigung des Strukturwandels des Arbeitsmarkts und die Notwendigkeit einer besseren Begleitung des betroffenen Personals; die zu schwache Verankerung der Sozialpartner, insbesondere für die Anpassungsmassnahmen, und

schliesslich die Abkehr des Parlaments von einem Klima- und Energielenkungssystem, das 2013 in die Vernehmlassung geschickt wurde und schrittweise die Fördermassnahmen ersetzen sollte. Um diese Defizite zu beseitigen, formuliert Travail.Suisse mehrere Forderungen, die sich im Positionspapier finden. Dieser Vortrag beschränkt sich auf drei Schlüsselbereiche.

Begleitung des Strukturwandels. Diese Begleitung muss mit der Aus- und Weiterbildung oder wenn notwendig mit Umschulungen verstärkt werden. Ein Mittel, um dies zu erreichen, ist die Einrichtung eines nationalen Weiterbildungsfonds, der die Weiterbildung aufgrund des klimapolitischen Strukturwandels finanziert. Dieser Fonds würde in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern verwaltet, was sicherstellen würde, dass die Qualifikationen abhängig von der Nachfrage erhalten werden. Dabei soll auch die Einführung eines Einkommens für den ökologischen Wandel überlegt werden. Travail.Suisse unterstützt in diesem Sinn die Motion 20.4542 Vorsorge für die ökologische berufliche Umorientierung der Nationalrätin und Vizepräsidentin von Travail.Suisse, Léonore Porchet, die die Einführung einer neuen beruflichen Vorsorge nach dem Modell der Erwerbsersatzordnung verlangt, insbesondere für die Leistungsbeziehenden der Sozialversicherungen. Im Kanton Jura wurde bereits ein Schritt in diese Richtung gemacht; das Parlament prüft die Einführung eines Einkommens für den ökologischen Wandel. Dieses wird durch den Klimanotstand und die Notwendigkeit eines Wirtschaftsaufschwungs gerechtfertigt.

Stärkung der Anpassungsmassnahmen in der Berufswelt. Aufgrund der Tatsache, dass 18 der 19 wärmsten Jahre in der Schweiz seit 2000 verzeichnet wurden, ist die Erderwärmung für die Arbeitnehmenden bereits eine konkrete Realität. Die Massnahmen für die Senkung der Treibhausgasemissionen reichen folglich nicht aus, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu gewährleisten. Deshalb darf man sich nicht nur auf das äussere Umfeld konzentrieren, sondern muss auch die Anpassungsmassnahmen in der Berufswelt verstärken (Schutz der Anlagen, die durch extreme Naturereignisse gefährdet sind). Dies betrifft vor allem die Branchen, wo im Freien gearbeitet wird, wie auf dem Bau, im Tourismus, in der Landwirtschaft, aber auch andere, wie den Schlüsselsektor Gesundheit. Bei der Umsetzung der Schweizer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel müssen nicht nur die Kantone miteinbezogen werden, sondern auch die Sozialpartner. Die rechtlichen Grundlagen müssen nicht nur an die grössere Hitzebelastung angepasst werden, sondern auch einen besseren Schutz gegen andere Gefahren bieten (Überschwemmungen, Feuer, Verbreitung von neuen Krankheiten usw.).

Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die zu schwachen Anpassungsmassnahmen geschuldet ist, führt auch zu einer Senkung der Produktivität. Die Sozialpartner haben ein gemeinsames Interesse daran, die Auswirkungen der Erderwärmung auf die Berufswelt mehr miteinzubeziehen als bis anhin. In diesem Punkt ist das Papier von Travail.Suisse auch ein Wissens- und Sensibilisierungsinstrument für seine Verbände, die diese Klimaziele in den Gesamtarbeitsverträgen verankern können, um die Arbeitnehmenden besser gegen neue Gefahren zu schützen (Erschöpfung aufgrund der Hitze, was zu Unfällen führt, mangelhaftes Schutzmaterial usw.).

Für ein Klimalenkungseinkommen. Der Übergang vom heutigen gemischten Lenkungs- (CO₂-Abgabe) und Fördersystem (Zweckbindung der CO₂-Abgabe, kostendeckende Einspeisevergütung) zu einem einheitlichen Klimalenkungssystem auf allen Treibhausgasemissionen würde helfen, die Klimaneutralität einfacher zu erreichen und gleichzeitig mehr Geld für die Rückverteilung an die Bevölkerung generieren. Aber die Funktionsweise dieses Systems muss einfach sein und es muss

sozial sein. Eine **vollständige Rückverteilung der Abgabe** (Aufhebung des zugewiesenen Teils) wäre für die tiefen und mittleren Einkommen gerechter. **In Zukunft müsste man aber auch von einer Rückverteilung der Lenkungsabgabe an die Wirtschaft absehen**, da die Unternehmen den Steuerbetrag auf die Preise abwälzen oder sich mit einer Verpflichtung zur Senkung ihrer Emissionen von der Steuer befreien lassen können. Durch diese Massnahmen wären in Zukunft deutlich höhere Beträge für die Rückverteilung an die Haushalte verfügbar. Diese würden sich besser bewusst, dass es sich lohnt, das eigene Verhalten zu ändern, da sie auch finanziell gewinnen könnten. Es wäre zudem sinnvoll, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, damit die Haushalte eine grössere Auswahl für die Auszahlung der geschuldeten Beträge haben. Dies würde eine positive Wahrnehmung des **Klimalenkungseinkommens** fördern und zu einem stärkeren Rückhalt der Klimapolitik in der Bevölkerung führen.